

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Große Anfrage der Abgeordneten Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Petr Bystron, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/26362 –**

Deutsche Einschätzungen und Perspektiven zu China

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Volksrepublik China 1972 haben deutsche Bundesregierungen nach Ansicht der Fragesteller im Wesentlichen eine konstruktive China-Politik verfolgt. Dies war insbesondere seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik in China Ende der 1970er Jahre der Fall. Die zunehmend enge wirtschaftliche Verflechtung und die insbesondere auch im Rahmen der bilateralen Regierungskonsultationen über den wirtschaftlichen Bereich hinausgehende enge Kooperation beider Länder haben nach Ansicht der Fragesteller einen entscheidenden Anteil an der Modernisierung Chinas und am Wohlstand Deutschlands, aber auch an der Stabilisierung einer zunehmend fragilen internationalen Ordnung gehabt.

Im Vorlauf des 50. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im kommenden Jahr ist nun eine deutliche Veränderung der Tonalität in den deutsch-chinesischen Beziehungen zu vernehmen. Hierzu zwei Beispiele:

Hatte China die Wahl Deutschlands als nichtständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2018 noch begrüßt und hatten beide Länder den Willen bekräftigt „gemeinsam an der Verhinderung und Lösung internationaler Konflikte zu arbeiten“ (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/china-node/deutsch-chinesische-regierungskonsultationen/2117904>), so verhinderten China und Russland wiederholt die Annahme u. a. von Deutschland eingebrachter Entwürfe zur Verlängerung der Syrien-Resolution 2165 (2014) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (s. z. B. <https://undocs.org/en/S/PV.8623>). In der letzten Sitzung vor dem turnusgemäßen Ausscheiden Deutschlands warf der Vertreter Chinas seinem deutschen Kollegen vor, den Versuch unternommen zu haben, auf bösartige Weise die Arbeitsatmosphäre im Sicherheitsrat zu vergiften und brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass der Sicherheitsrat im kommenden Jahr ohne ihn in einer besseren Position sei, seinen Pflichten und seinem Mandat nachzukommen“ (<http://chn.un.chinamission.org.cn/eng/hyyfy/t1842159.htm>).

Zweites Beispiel: Hatten die USA unter dem früheren Präsidenten Barack Obama bereits eine sicherheitspolitische Neuausrichtung nach Ostasien vorgenommen, so stellte die Trump-Administration 2017 die Vision eines Free and Open Indo-Pacific (FOIP) vor (<https://www.state.gov/wp-content/uploads/2019/11/Free-and-Open-Indo-Pacific-4Nov2019.pdf>, S. 4). Im zwischen CDU,

CSU und SPD beschlossenen Koalitionsvertrag wurde 2018 ein „starkes [...] sicherheitspolitisches Engagement [...] Deutschlands in Asien“ vereinbart (<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975224/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1>, S. 153). 2019 war in den Medien von Gerüchten über die Entsendung einer deutschen Fregatte in die Meerenge von Taiwan zu lesen (s. z. B. https://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article195110527/Essay-Die-Marine-Mission.html), die Beobachter, so sie sich bewahrheiten sollten, als „außergewöhnliche Revision“ der bisherigen Haltung der Bundeskanzlerin wahrnahmen (ebd.). Im Mai 2020 beobachtete die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): „Besonders von Seiten der USA wächst der Druck auf Staaten in und außerhalb der Region, inklusive auf Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten, sich zum Konzept des ‚Indo-Pazifik‘ direkt oder indirekt zu bekennen.“ (<https://www.swp-berlin.org/publikation/vom-asien-pazifik-zum-indo-pazifik/#en-d36843e1211>) und damit für Washington und gegen Peking, welches das Konzept primär als eine gegen China gerichtete Eindämmungsstrategie verstehe (ebd.). Die SWP zog jedoch in einer Studie den Schluss, dass „[e]in allein deutsches Indo-Pazifik-Konzept zu erarbeiten [...] mit Blick auf die geringen diplomatischen und die nicht vorhandenen militärischen Kapazitäten Deutschlands abwegig [erscheine].“ (ebd.). Im September 2020 beschloss die Bundesregierung die „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ (<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien--1--data.pdf>). Der Bundesminister des Auswärtigen sagte zu diesem Anlass: „Der politische Westen liegt auch im Osten. [...] Der Indo-Pazifik ist eine Priorität der deutschen Außenpolitik. [Wir wollen] unsere Zusammenarbeit in den Bereichen Multilateralismus, Klimawandel, Menschenrechte, regelbasierter Freihandel, Konnektivität und Digitalisierung sowie insbesondere im sicherheitspolitischen Bereich ausbauen.“ (<https://china.diplo.de/cn-de/aktuelles/neuigkeiten/-/2381198>). Im November 2020 erklärte die Bundesministerin der Verteidigung, dass der „indopazifische Raum“ zu einer Arena des „globalen Kräftemessens“ geworden sei; es sei notwendig, dass „Deutschland seine Position in der Region markiert“ (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8435/>). „Konkret bedeutet das zum Beispiel, unsere Verbundenheit mit Partnern zu zeigen durch Teilnahme an maritimen Übungen, die Mitfahrt deutscher Marineoffiziere auf Schiffen befreundeter Nationen und auch mit einer eigenen Präsenz“ (<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/engagement-im-indopazifik-fuer-eine-regelbasierte-ordnung-4911100>). Ende vergangenen Jahres wurden in einem Fachartikel Überlegungen veröffentlicht, dass Deutschland sich auch an der Aufrüstung der taiwanesischen Streitkräfte beteiligen solle – auch im Interesse der eigenen Rüstungsindustrie. Darüber hinaus solle sich Deutschland mit Kriegsschiffen an Freedom of Navigation Operations im Südchinesischen Meer beteiligen und auch über eine symbolische Fahrt durch die Taiwanstraße nachdenken („Fragiler Frieden in der Taiwanstraße“, Internationale Politik, Ausgabe November/Dezember 2020, S. 51 ff.).

Nach Ansicht der Fragesteller liegen die Ursachen für eine deutliche Veränderung der deutschen China-Politik in Teilen im Machtgewinn (der seit Jahrzehnten absehbar war) und in einem selbstbewussteren Auftreten Chinas seit Amtsübernahme Xi Jinpings begründet. Darüber hinaus liegen sie auch in amerikanischen Interessen begründet, die China-Politik Deutschlands und anderer Staaten zu ihrem eigenen Vorteil zu beeinflussen. Dies gelingt nach Auffassung der Fragesteller umso leichter, als dass es in Deutschland an einer souveränen, von wohl begründeten Interessen hergeleiteten und realpolitisch orientierten China-Strategie fehlt. Die Fragesteller sehen mit Sorge, dass Deutschland gegen seine eigenen Interessen und in erkennbarer Parallelität der Verschlechterung seiner Beziehungen zu Russland in einen neuen Kalten Krieg und womöglich darüber hinaus getrieben wird.

In einem Ende November 2020 erschienenen Artikel identifiziert der renommierte Wissenschaftler Prof. Dr. Eberhard Sandschneider drei Hindernisse bei der Entwicklung einer erfolgreichen außenpolitischen Strategie zu China:

- „Die Kenntnis der inneren Funktionsweise des politischen Systems der Volksrepublik China ist unter westlichen Politikerinnen und Politikern, vor allem aber unter Journalistinnen und Journalisten [...] außerordentlich gering ausgeprägt, obwohl kaum eine Debatte zu globalen und regionalen Themen ohne Chinabezug auskommt. Wesentliche Aspekte europäischer Chinapolitik sind überwiegend den Notwendigkeiten innenpolitischer Überlegungen und nur begrenzt den Erfordernissen bilateraler Beziehungen oder gar den Entwicklungen in China selbst geschuldet“ (<https://www.bpb.de/internationales/asien/china/322047/chinas-aussenpolitik-wie-umgehen-mit-dem-selbstbewussten-riesen>).
- „Extreme Erwartungshaltung, Besserwisserei, ungebetene Reformvorschläge und entsprechende Frustrationen, wenn diese nicht von China befolgt werden, prägen eine öffentliche Debatte, die deutlich negative Einflüsse auf reale Politik zur Folge hat.“ (ebd.).
- „Aus der Mischung aus begrenztem Wissen, der Frustration über gescheiterte Erwartungshaltungen und den daraus entstehenden Ungewissheiten speist sich ein Angstsyndrom, in dem sich mangelndes Verständnis, vorhandene Intransparenz und nicht zuletzt die Sorge wachsender chinesischer Wettbewerbsfähigkeit zu einem emotionalen Gemisch verbinden, das zu erheblichen Problemen in den bilateralen Beziehungen beiträgt.“ (ebd.).

Landes- und Sprachkompetenz

1. Kennt die Bundesregierung die eingangs zitierten Einschätzungen von Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, und wie verhält sie sich dazu (bitte für jeden Punkt einzeln begründen)?

Die in der Vorbemerkung der Fragesteller zitierten Einschätzungen sind der Bundesregierung bekannt. Zu den Einschätzungen unabhängiger Experten nimmt die Bundesregierung nicht Stellung.

2. Wie viele Mitarbeiter des Auswärtigen Amts im mittleren, gehobenen und höheren Dienst sprechen Mandarin oder eine andere der chinesischen Sprachen oder Dialekte wenigstens auf gutem Konversationsniveau (bitte für jede Laufbahngruppe einzeln in absoluten Zahlen und in Prozent der beschäftigten Mitarbeiter angeben)?
3. Wie viele der gegenwärtig an den deutschen diplomatischen Vertretungen in der Volksrepublik China in den drei vorgenannten Laufbahngruppen beschäftigten Personen sprechen Mandarin oder eine andere der chinesischen Sprachen oder Dialekte wenigstens auf gutem Konversationsniveau (bitte in einer absoluten Zahl und als Prozentwert angeben)?

Die Fragen 2 und 3 werden gemeinsam beantwortet.

Das Auswärtige Amt erfasst die Sprachkenntnisse systematisch, die Beschäftigte zur Beantragung einer Sprachaufwandsentschädigung durch eine Prüfung nachweisen.

Demnach sprechen 57 Beschäftigte des Auswärtigen Dienstes Chinesisch auf gutem bzw. sehr gutem Konversationsniveau. Davon entfallen ca. 80 Prozent auf den höheren, ca. 15 Prozent auf den gehobenen und ca. 5 Prozent auf den mittleren Dienst.

Das Auswärtige Amt stellt im Rahmen seiner Personalrotation sicher, dass die Beschäftigten mit China-Kompetenz, inkl. Sprachkompetenz, in den Auslandsvertretungen in China sowie weiteren relevanten bilateralen und multilateralen Auslandsvertretungen und der Zentrale im Sinne einer optimalen Ressourcennutzung eingesetzt werden.

4. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl chinesischer Diplomaten in vergleichbaren Positionen in den diplomatischen Vertretungen der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsch wenigstens auf gutem Konversationsniveau sprechen (bitte in einer absoluten Zahl und als Prozentwert angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Kenntnisse vor.

China-Debatte in Deutschland

5. Welche Akteure haben nach Kenntnis der Bundesregierung den größten Einfluss auf die Debatte zu China in Deutschland?
6. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über den Einfluss der folgenden Akteure in Bezug auf diese Debatte und die Ausgewogenheit ihrer Beiträge vor (wenn ja, welche), und sind, wenn dazu Kenntnisse vorliegen, diese Debattenbeiträge größtenteils deckungsgleich mit der Position der Bundesregierung (wenn nein, warum nicht):
 - a) The German Marshall Fund of the United States,
 - b) Atlantik-Brücke e. V.,
 - c) Axel Springer SE (bevor das US-amerikanische Beteiligungsunternehmen KKR der größte Aktionär wurde),
 - d) Axel Springer SE (nachdem KKR der größte Aktionär geworden ist),
 - e) Mercator Institute for China Studies (MERICS),
 - f) Heinrich-Böll-Stiftung,
 - g) Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit,
 - h) Inter-Parliamentary Alliance on China?

Die Fragen 5 bis 6h werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung begrüßt die zunehmend breitere und intensivere Debatte in Politik, Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über Entwicklung der Volksrepublik China.

7. Betrachtet die Bundesregierung die Debatte zur Volksrepublik China in Deutschland insgesamt als ausgewogen (bitte begründen)?

Eine inhaltliche Bewertung der Debatte zur Volksrepublik China in der deutschen Öffentlichkeit nimmt die Bundesregierung auch mit Blick auf die verfassungsrechtlich verankerte Presse- und Wissenschaftsfreiheit nicht vor. Auf die Antwort zu den Fragen 5 bis 6h wird verwiesen.

8. Gab es oder gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen, analog zur Vertretung der SWP in Brüssel (Kontakt zur NATO und EU, <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/>), Vertretungen deutscher Denkfabriken in den USA zu eröffnen oder eine solche Eröffnung zu unterstützen?

Die Bundesregierung verfolgt keine Planungen im Sinne der Fragestellung.

9. Gab es oder gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen, Vertretungen deutscher Denkfabriken in Russland oder China zu eröffnen oder eine solche Eröffnung zu unterstützen?
 - a) Wenn ja, welche konkreten Schritte wurden bisher unternommen?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 9 bis 9b werden zusammen beantwortet.

In der Bundesregierung gibt es keine Überlegungen im Sinne der Fragestellung.

10. Wurde nach Kenntnis der Bundesregierung seitens der Volksrepublik China das Interesse geäußert, eine Vertretung einer chinesischen Denkfabrik in Deutschland zu eröffnen, und wenn ja, wie wurde hiermit verfahren?

Gegenüber der Bundesregierung wurde ein solches Interesse seitens der Volksrepublik China nicht geäußert.

Indo-Pazifik

11. Sah sich die Bundesregierung „verstärkt Druck aus Washington ausgesetzt, sich direkt oder indirekt zum ‚Indo-Pazifik‘ zu bekennen – und damit aus Sicht der USA für Washington und gegen Peking“ (s. Vorbemerkung der Fragesteller)?
 - a) Wenn ja, war dieser Druck ursächlich für die Entscheidung der Bundesregierung, im vergangenen Jahr ihre Indo-Pazifik-Leitlinien zu beschließen?
 - b) Wenn ja, hatte dieser Druck Auswirkungen auf die inhaltliche Ausgestaltung der Leitlinien?

Die Fragen 11 bis 11b werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung verfolgt eine von den Interessen und Werten Deutschlands und der Europäischen Union geleitete Außenpolitik. Die Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik sind Ausdruck dieses Ansatzes. Sie beruhen auf dem Grundsatz der Inklusivität. Das bedeutet, dass Kooperationsangebote im Rahmen der Leitlinien an alle Partner der Region gerichtet sind.

12. Sah sich die Bundesregierung in anderen Bereichen ausländischem Druck ausgesetzt, ihre China-Politik zu verändern?
Wenn ja, von welchen Akteuren in welchen Bereichen mit welchen Ergebnissen?

In ihrer interessen- und wertegeleiteten Außen- und Chinapolitik steht die Bundesregierung weltweit im engen Austausch und handelt insbesondere in

enger Abstimmung mit ihren europäischen Partnern im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.

13. Kennt die Bundesregierung die Einschätzung der SWP, dass ein „allein deutsches Indo-Pazifik-Konzept zu erarbeiten [...] mit Blick auf die geringen diplomatischen und die nicht vorhandenen militärischen Kapazitäten Deutschlands abwegig“ erscheint, und welche Schlüsse zieht sie daraus (s. Vorbemerkung; bitte begründen)?
14. Sind die deutschen Leitlinien hinfällig, wenn es keine von der Bundesregierung angestrebte „EU-Strategie zum Indo-Pazifik“ geben sollte (s. „Leitlinien zum Indo-Pazifik“, S. 3; bitte begründen)?

Die Fragen 13 und 14 werden gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung ist die Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) zu „Vom Asien-Pazifik zum Indo-Pazifik“ bekannt.

Die Bundesregierung hat während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 einen strategischen Denkprozess zum Indo-Pazifik auf der Ebene der Europäischen Union angestoßen. Im Rahmen dieses Prozesses wirbt die Bundesregierung dafür, die in den Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik vorgenommenen inhaltlichen Erwägungen und Positionierungen in die Ausarbeitung einer europäischen Strategie zum Indo-Pazifik einfließen zu lassen (vgl. <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien--1--data.pdf>). Die Ratschlussfolgerungen vom 19. April 2021 stecken den inhaltlichen Rahmen für die Ausformulierung einer europäischen Indo-Pazifik-Strategie ab.

Die Leitlinien der Bundesregierung sind inklusiv angelegt; sie können damit in die Koordinierung mit strategischen Konzepten von Partnern in der Region und darüber hinaus einfließen. Darüber hinaus wird auf die Antwort zu den Fragen 11 bis 11b verwiesen.

15. In welchen Feldern möchte die Bundesregierung zukünftig stärker – wie in ihren Leitlinien (s. o.) formuliert – als „gestaltender Akteur“ und in welchen Feldern möchte sie sich stärker als „Partner“ im Indo-Pazifik engagieren?

Die Bundesregierung hat in den Leitlinien zum Indo-Pazifik sieben Handlungsfelder definiert: den Multilateralismus stärken, dem Klimawandel entgegenzutreten und die Umwelt schützen, Frieden, Sicherheit und Stabilität stärken, für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit eintreten, den regelbasierten, fairen und nachhaltigen Freihandel stärken, Räume und Märkte regelbasiert vernetzen und digital transformieren sowie Menschen über Kultur, Bildung und Wissenschaft zusammenbringen. Auf diesen Feldern bringt sich die Bundesregierung gleichermaßen als gestaltender Akteur und Partner ein.

16. Welche Politik oder gegebenenfalls Leitlinien hat die Bundesregierung in ihrer bisherigen Indo-Pazifik-Politik verfolgt, und inwiefern unterscheidet sie sich von den im September 2020 beschlossenen Leitlinien?

Mit den Leitlinien zum Indo-Pazifik hat die Bundesregierung den zahlreichen Maßnahmen der Bundesregierung im Indo-Pazifik einen kohärenten politischen Rahmen gegeben. Bestehende Initiativen wurden in die Leitlinien einbezogen. Die Bundesregierung baut ihr Engagement prioritär in den in der Antwort zu Frage 15 genannten Gestaltungsfeldern aus.

17. Welche konkreten rüstungskontrollpolitischen Initiativen und welche Beteiligung an Übungen möchte die Bundesregierung im Indo-Pazifik unternehmen (vgl. Leitlinien, S. 2)?

Es wird auf das Kapitel „Frieden, Sicherheit und Stabilität stärken“ der „Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik“ verwiesen (<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien--1--data.pdf>).

In diesem Kontext hat die Bundesministerin der Verteidigung in enger Abstimmung mit dem Bundesminister des Auswärtigen beschlossen, dass im Rahmen des Indo-Pacific Deployment im zweiten Halbjahr 2021 eine deutsche Fregatte in den Indo-Pazifik entsandt wird.

Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 23 verwiesen.

18. Welche Staaten der Region haben sich kritisch oder ablehnend zu den deutschen Indo-Pazifik-Leitlinien geäußert?
Welche konkreten Punkte wurden kritisiert (bitte aufschlüsseln)?
19. Welche Staaten der Region haben sich zustimmend zu den deutschen Indo-Pazifik-Leitlinien geäußert?
Welche Punkte fanden Zustimmung (bitte aufschlüsseln)?

Die Fragen 18 und 19 werden gemeinsam beantwortet.

Die Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik wurden von den Partnern im Indo-Pazifik positiv aufgenommen. Auf Zustimmung trifft insbesondere der inklusive Ansatz. Von indo-pazifischen Partnern wurden die Leitlinien in bilateralen Gesprächen und in öffentlichen Äußerungen gewürdigt, so vom japanischen Außenminister Toshimitsu Motegi in einer Pressekonferenz am 8. September 2020 (https://www.de.emb-japan.go.jp/itpr_de/200908_PkAMMotegei.html).

20. Sieht die Bundesregierung das Gefahrenpotential einer Eskalation des „globalen Kräftenessens“ im indo-pazifischen Raum (s. Vorbemerkung) im Hinblick auf die Sicherheit Europas, und wie bewertet sie dieses?
Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, dass die Russische Föderation, um die amerikanischen Streitkräfte in Europa im chinesischen Interesse zu binden oder um von deren Verlagerung nach Asien zu profitieren, militärisch in Europa agiert (bitte ausführen)?

Es wird auf das Kapitel „Frieden, Sicherheit und Stabilität stärken“ der „Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik“ verwiesen (<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien--1--data.pdf>). Die dort aufgeführten Risiken können sich in Abhängigkeit von zukünftigen Entwicklungen vor Ort auch auf den Wohlstand und die Sicherheit in Europa auswirken.

Die Bundesregierung hat keine Anhaltspunkte für eine motivische Verknüpfung im Sinne von Satz 2 der Fragestellung.

21. Wäre es nach Auffassung der Bundesregierung nicht auch vor dem Hintergrund steigender Spannungen in Asien sinnvoll, das Verhältnis zur Russischen Föderation zu verbessern und so auf eine Reduzierung des Konfliktpotentials im europäischen Raum hinzuwirken?

Die Bundesregierung unterstützt den Ansatz eines inklusiven und langfristigen Dialogs mit Russland.

Aus Sicht der Bundesregierung stellt der NATO-Russland-Rat ein wichtiges Forum zur Schaffung von Transparenz sowie zur Vermeidung ungewollter militärischer Eskalation zwischen der NATO und Russland dar, sie setzt sich daher für regelmäßige Sitzungen des Gremiums ein. Zwischen 2016 und 2019 kam es mit jeweils zwei bzw. drei Sitzungen pro Jahr zu einem aus Sicht der Bundesregierung hinreichenden Austausch beider Seiten.

Nach der bislang letzten Sitzung am 5. Juli 2019 sind die Alliierten auch auf deutsches Betreiben hin übereingekommen, Russland eine weitere Sitzung des Gremiums für Anfang März 2020 vorzuschlagen. Dieser Vorschlag wurde der russischen Seite durch die zuständigen NATO-Stellen Anfang 2020 übermittelt. Russland hat hierauf gegenüber der NATO bis heute trotz wiederholter Nachfragen nicht verbindlich geantwortet (Stand: 10. Mai 2021).

22. Wie verhält sich die Bundesregierung zu der Ansicht vieler Fachleute, dass der Irak-Krieg 1990/1991 und die Durchfahrt von zwei amerikanischen Flugzeugträgerverbänden durch die Straße von Taiwan 1996 entscheidende Anlässe waren, die die chinesische Führung dazu bewegt haben, signifikante Ressourcen in die Modernisierung der eigenen Streitkräfte zu investieren (s. z. B. <https://www.scmp.com/news/china/military/article/3118083/china-us-rivalry-how-gulf-war-sparked-beijings-military>, <https://www.cfr.org/backgrounder/chinas-modernizing-military>; bitte begründen)?

Sieht die Bundesregierung die Gefahr, durch „verschiedene Formen maritimer Präsenz“ im Indo-Pazifik die Rüstungsspirale weiterzudrehen (s. „Leitlinien zum Indo-Pazifik“, S. 3; bitte begründen)?

Die Volksrepublik China durchläuft seit Jahrzehnten, zuletzt nachjustiert im Jahr 2015, vor dem Hintergrund einer bis 2049 reichenden langfristigen Planung, einen ressourcenintensiven Modernisierungsprozess der Volksbefreiungsarmee.

Darüber hinaus wird auf die Antworten zu den Fragen 11 bis 20 sowie zu Frage 23 und die Antwort der Bundesregierung zu Frage 73 der Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/20346 verwiesen.

23. Wie möchte die Bundesregierung einem „Wettrüsten in der Region“ (<https://www.sueddeutsche.de/politik/neue-leitlinien-schwenk-in-der-asienpolitik-1.5018432>) begegnen und es gegebenenfalls verhindern?

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, internationale rüstungskontrollpolitische Instrumente auszuweiten und Ansätze kollektiver Sicherheit zu entwickeln.

Sie verfolgt zudem eine restriktive und verantwortungsvolle Exportkontrollpolitik.

Im Übrigen wird auf die „Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik“ verwiesen (<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien--1--data.pdf>).

24. Kann die Bundesregierung für den von ihr angestrebten „Schulterschluss mit den Demokratien und Wertepartnern der Region“ angeben, welchen Kriterien diese „Wertepartner“ entsprechen müssen (s. „Leitlinien zum Indo-Pazifik“, S. 9)?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 10 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/25038 verwiesen.

25. Auf welchen konkreten Ereignissen oder Szenarien basiert die Einschätzung der Bundesregierung, dass ein deutsches Engagement in der Region notwendig sei, um die für uns als Handelsnation wichtige Freiheit der Handels- und Seewege zu gewährleisten (s. z. B. <https://china.diplo.de/cn-de/aktuelles/neuigkeiten/-/2381198>)?

Die Bundesregierung beobachtet mit Sorge die Lage im Südchinesischen Meer. Als global agierende Handelsnation und Verfechter einer regelbasierten internationalen Ordnung wirkt Deutschland – eingebettet in die Europäische Union – an der Stärkung von Sicherheit und Stabilität in der Region, der Bewahrung der Freiheit der Handels- und Seewege sowie der Respektierung des Seevölkerrechts mit. Im Übrigen wird auf die „Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik“ verwiesen (<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien--1--data.pdf>).

26. Gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen oder Initiativen, gemeinsam mit Russland und anderen europäischen Staaten die Nordostpassage entlang der russischen Küste nach Asien auszubauen und zu sichern, und wenn ja, inwiefern?

Entsprechende Überlegungen oder Initiativen gibt es seitens der Bundesregierung derzeit nicht.

27. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über russische und chinesische Aktivitäten in der Arktis und beim Ausbau der Nordostpassage (s. z. B. <https://www.pri.org/stories/2020-10-12/chinas-arctic-ambitions-have-revived-us-interest-region>, <https://www.thearcticinstitute.org/emergence-sino-russian-economic-partnership-arctic/>, <https://www.politico.com/news/2020/06/06/russia-china-alliance-304582>)?

a) Wenn ja, welche?

Die Fragen 27 und 27a werden gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung ist die in den Bezugsberichten der Fragestellung erwähnte Beteiligung chinesischer Partner als Minderheitsaktionäre an einem Flüssiggas(LNG)-Terminal-Projekt der russischen Firma Novatek auf der Jamal-Halbinsel (Yamal LNG) sowie an dem im Bau befindlichen LNG-Terminal auf der Gydan-Halbinsel (Arctic LNG 2) bekannt. Ebenso ist die in den Bezugsberichten erwähnte russisch-chinesische Zusammenarbeit bei eisgängigen LNG-Tankern bekannt.

Der Bundesregierung liegen darüber hinaus keine im Sinne der Fragestellung verwertbaren Übersichten vor.

- b) Wenn ja, inwieweit sind diese Entwicklungen nach Ansicht der Bundesregierung den westlichen Sanktionen gegen Russland geschuldet?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über einen solchen Zusammenhang vor.

28. Sind der Bundesregierung Diskussionen über Szenarien zur Verhängung einer Seeblockade gegen die Volksrepublik China bekannt (s. z. B. <https://carnegieendowment.org/2013/02/12/stranglehold-context-conduct-and-consequences-of-american-naval-blockade-of-china/fowj>, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/01402390.2013.790811>)?

Wenn ja, für wie plausibel hält sie diese Szenarien?

Die Bundesregierung nimmt auch Publikationen von Denkfabriken zu den Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China zur Kenntnis.

29. Sind der Bundesregierung Stellungnahmen von offizieller chinesischer Seite bekannt, dass das in den „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ dargelegte deutsche Engagement in der Region oder das anderer Nationen (s. Vorbemerkung) als Vorbereitung einer Seeblockade gegen China gesehen wird?
- a) Wenn ja, wie lauten die signifikantesten chinesischen Stellungnahmen diesbezüglich?
- b) Wenn ja, wie werden diese Aussagen von der Bundesregierung bewertet?

Die Fragen 29 bis 29b werden zusammen beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

30. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass sich die Volksrepublik China militärisch eindämmen lässt (bitte begründen)?

Welche ggf. über die Frage einer möglichen Seeblockade hinausgehenden Reaktionen von chinesischer Seite gab es auf die „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ der Bundesregierung?

Die Regierung der Volksrepublik China hat die Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik zur Kenntnis genommen. Die Bundesregierung teilt darüber hinaus keine Inhalte aus vertraulichen Gesprächen mit Drittstaaten.

31. Sind das Südchinesische und das Ostchinesische Meer in den deutsch-chinesischen Gesprächsformaten zum Völkerrecht thematisiert worden (s. z. B. „Gemeinsame Erklärung anlässlich der 5. Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen“ vom 9. Juli 2018, Punkt 3)?
- a) Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
- b) Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 31 bis 31b werden zusammen beantwortet.

Die Entwicklung im Südchinesischen Meer war Thema bei den jüngsten deutsch-chinesischen Völkerrechtskonsultationen am 20./21. November 2018. Deutschland warb dabei für die umfassende Achtung des VN-Seerechtsüberein-

kommens (SRÜ) sowie den Erhalt der nach dem SRÜ garantierten Rechte und Freiheiten, insbesondere der Schifffahrt, in der Region.

32. Sieht die Bundesregierung die 2010 durch den damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler getätigte Aussage, „dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern“ (https://www.deutschlandradio.de/sie-leisten-wirklich-gross-artiges-unter-schwierigsten.331.de.html?dram:article_id=203276) durch ihre „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ gedeckt (bitte begründen)?

Die Bundesregierung nimmt zu Äußerungen anderer Verfassungsorgane nicht Stellung.

Im Übrigen wird auf die „Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik“ verwiesen (<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien--1--data.pdf>).

Amerikanische China-Politik

33. Erwartet die Bundesregierung substantielle Änderungen in der amerikanischen China-Politik der neuen US-Administration?

Wenn ja, welche?

Die Bundesregierung verweist auf den von der US-Administration angestoßenen chinapolitischen Überprüfungsprozess („Review“), der noch nicht abgeschlossen ist.

34. Was sind die gegenwärtig erkennbaren wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der China-Politiken der Bundesregierung und der neuen US-Administration?

Die Bundesregierung betrachtet die Volksrepublik China als wichtigen politischen und wirtschaftlichen Partner und strebt weiter eine enge Kooperation zur Lösung globaler Fragen wie Klimaschutz oder die COVID-19-Pandemie an. Gleichzeitig spricht sie im Dialog mit der chinesischen Regierung Differenzen etwa bei Fragen des Marktzugangs, der chinesischen Außenpolitik oder der Menschenrechte offen an. Der Europäische Rat hat in seinen Schlussfolgerungen vom 1. Oktober 2020 das politische Konzept für die Beziehungen zwischen der EU und China bestätigt, das in der Gemeinsamen Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin mit dem Titel „EU-China – Strategische Perspektiven“ vom März 2019 dargelegt ist (<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/10/01/european-council-conclusions-on-external-relations-1-october-2020/>). Zu diesen Aspekten steht die Bundesregierung auch in engem Austausch mit der US-Regierung. Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 33 verwiesen.

Taiwan

35. Hat sich die Bundesregierung zu den Waffenlieferungen der Vereinigten Staaten von Amerika an Taiwan (s. z. B. <https://www.nytimes.com/2020/09/17/us/politics/us-arms-sale-taiwan-china.html>) eine Auffassung gebildet, und wenn ja, wie lautet diese?

Die Bundesregierung sieht die wachsenden militärischen Spannungen in der Straße von Taiwan mit Sorge. Aus Sicht der Bundesregierung sollte eine Veränderung des Status von Taiwan nur friedlich und im Einvernehmen beider Seiten geschehen.

36. Welche Auswirkungen haben die innerdeutschen Diskussionen über die mögliche Durchfahrt eines deutschen Kriegsschiffes durch die Taiwanstraße (s. Vorbemerkung) nach Kenntnis der Bundesregierung auf die deutsch-chinesischen Beziehungen?

Würde die Bundesregierung oder nach Kenntnis der Bundesregierung die chinesische Regierung in der Durchfahrt eines deutschen Kriegsschiffes durch die Taiwanstraße eine Verletzung von Punkt 15 der „Gemeinsamen Erklärung anlässlich der 5. Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen“ vom 9. Juli 2018 sehen, wonach „die deutsche Seite [...] ihr Festhalten an ihrer Ein-China-Politik und ihre Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität Chinas [bekräftigt und] [...] die die friedliche Entwicklung zwischen beiden Seiten der Straße von Taiwan [unterstützt]“?

Die Bundesregierung plant keine Durchfahrt eines deutschen Schiffes durch die Straße von Taiwan.

37. Erwartet die Bundesregierung ein reziprokes Vorgehen Chinas, i. e. eine stärkere Frequentierung der Nord- und Ostsee durch chinesische Kriegsschiffe?

Die Marine der Volksrepublik China zeigt regelmäßige Präsenz weltweit. Dies schließt auch die Nord- und Ostsee ein (z. B. 2017 Teilnahme an russischer Marineübung in Ostsee). Bei Beachtung der geltenden (see)völkerrechtlichen und nationalen Bestimmungen sind Aufenthalte in Gewässern in und um Europa nicht unüblich (insbesondere Mittelmeer, aber auch z. B. Passagen durch den Nord-Ostsee-Kanal sowie Teilnahme an der Kieler Woche).

Weitere Aspekte

38. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede sieht die Bundesregierung zwischen den sowohl von ihr als auch von der chinesischen Regierung vertretenen Konzepten des Multilateralismus (s. z. B. https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/t1848323.shtml, http://german.china.org.cn/txt/2019-09/08/content_75184463.htm) (bitte detailliert darlegen)?

Die Stärkung des Multilateralismus und der regelbasierten internationalen Ordnung sind Kernanliegen deutscher Außenpolitik. Viele globale Herausforderungen wie der Klimawandel oder die COVID-19-Pandemie können aus Sicht der Bundesregierung nur durch grenzüberschreitende, multilaterale Zusammenarbeit gelöst werden. Die Bundesregierung begrüßt das zunehmende Engagement der Volksrepublik China im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer inter-

nationalen Organisationen. Dabei ist es aus Sicht der Bundesregierung essentiell, international etablierte völkerrechtliche Standards zu respektieren (darunter vor allem die Menschenrechte, aber auch das Seevölkerrecht, die internationale Gerichtsbarkeit u. a.) und die regelbasierte internationale Ordnung zu stärken.

Darüber hinaus wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 19/20346 verwiesen.

39. Zu welcher Bewertung kommt die Bundesregierung hinsichtlich ihrer Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China im Sicherheitsrat, ist es ihrer Ansicht nach im Wesentlichen gelungen „gemeinsam an der Verhinderung und Lösung internationaler Konflikte zu arbeiten“ (s. Vorbemerkung)?

Was waren die größten Erfolge und Herausforderungen dieser Zusammenarbeit?

Die Arbeit der Bundesregierung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen war auf die konstruktive Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern des Sicherheitsrates ausgerichtet. Dies ist in vielen Fällen auch mit der Volksrepublik China gelungen, etwa zu Libyen. Grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen bestanden etwa bei Fragen des Menschenrechtsschutzes, beim Umgang mit Oppositions- oder Widerstandsbewegungen, etwa in Belarus oder in Syrien.

40. Hat der vereinbarte verstärkte und regelmäßige Austausch zwischen beiden Außenministerien zu Afghanistan und Syrien stattgefunden (s. z. B. „Gemeinsame Erklärung anlässlich der 5. Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen“ vom 9. Juli 2018, Punkt 10)?

a) Wenn ja, was waren die größten Erfolge, und wo sieht die Bundesregierung die größten Hindernisse?

b) Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 40 bis 40b werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung hat sich seit 2018 verstärkt und regelmäßig mit der chinesischen Regierung zu einer breiten Palette außen- und sicherheitspolitischer Themen ausgetauscht, nicht zuletzt im Rahmen der deutschen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2019/2020. Zu diesen Themen gehören auch die Konfliktlagen in Afghanistan und Syrien.

So finden inzwischen jährlich mehrfach Gespräche auf Fachebene zwischen Vertretern der Bundesregierung und der chinesischen Regierung ausschließlich zum Konflikt in Afghanistan statt. Sie dienen dem Informations- und Meinungsaustausch zum Stand des Friedensprozesses und seiner internationalen Flankierung. Die Volksrepublik China teilt das Interesse an Frieden und Stabilität in Afghanistan, betrachtet aber die internationale militärische Präsenz in Afghanistan mit Skepsis. Die Volksrepublik China hat der von Deutschland und Indonesien eingebrachten VN-Sicherheitsratsresolution Resolution 2543 (2020) zur Verlängerung des Mandats der VN-Mission in Afghanistan (UNAMA) nach anfänglicher Kritik zugestimmt.

Zu Syrien bestand Einigkeit hinsichtlich der Unterstützung für eine politische Lösung des Konfliktes unter der Ägide der VN gemäß VN-Sicherheitsratsresolution 2254 (2015). Die von Deutschland und Belgien im VN-Sicherheitsrat eingebrachten Resolutionen zur grenzüberschreitenden humanitären Versorgung in Syrien hat die Volksrepublik China unter Hinweis auf die Wahrung der

Souveränität Syriens nicht unterstützt, sich aber ihrer Annahme durch Enthaltung nicht in den Weg gestellt.

